

LAOS

KARL-PETER SCHÖNFISCH ||

In der Laotischen Demokratischen Volksrepublik leben heute ca. 6,3 Millionen Menschen. Leben und Kultur sind im Besonderen durch den Theravada-Buddhismus geprägt. Etwa 65 Prozent der laotischen Bevölkerung sind dieser Religion, die gegenüber anderen Glaubensrichtungen eher tolerant eingestellt ist, zugehörig.

Etwa 30 Prozent der Bevölkerung sind dem Animismus zuzurechnen, der zusammen mit dem Ahnenkult vor allem bei den Volks- bzw. Stammesgruppen der abgelegenen Bergregionen verbreitet ist. Während Muslime nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung bilden, sind etwa drei Prozent christlichen Glaubens. Letztere umfassen in absoluten Zahlen ca. 200.000 Protestanten, etwa 15.000 Katholiken und ca. 2.000 Personen, die sich zu den Siebenten-Tags-Adventisten bekennen.

Religion versus Staatsideologie

Mit dem Ende des Indochina-Krieges 1975 und der anschließenden Machtübernahme durch eine kommunistisch-atheistische Staatsführung erfuhr das religiöse Leben in Laos eine einschneidende Zäsur. Von heute auf morgen sahen sich alle heimischen Religionen in der Schusslinie der neuen Machthaber. Die Regierung gab vor, in der religiösen Vielfalt und vor dem Hintergrund der in Laos herrschenden multi-ethnischen Gegebenheiten¹ eine zusätzliche Gefährdung für die Legitimität des nun geformten Einparteiensystems und die Einheit des von vielen Nachbarn umgebenen Binnenstaates zu erkennen.

Den buddhistischen Führern gelang es, sich nach einigen Jahren der Drangsalierungen durch die politischen Obrigkeiten mit der laotischen Regierung zu arrangieren. Die große Teile der Bevölkerung umfassende Mehrheitsreligion reduzierte sich jedoch damit zu einem Machtinstrument der immer auf Kontrolle der Gesellschaft bedachten Regierung.

Für die Christen setzten sich die schweren Zeiten fort. Insbesondere die Volksgruppe der Hmong, die in Laos neben den Khmu die meisten Anhänger des Christentums hatte und auch heute noch aufweist, sahen sich Vertreibung, Verfolgung und vielen weiteren Benachteiligungen ausgesetzt. Die feindselige Haltung nicht nur der laotischen Regierung gegenüber der Volksgruppe der Hmong und ihren Nachfahren, die sich auch in China, Vietnam und Myanmar vor schwierigen Lagen gestellt sehen, resultiert aus ihrer Waffenbrüderschaft mit den USA im gemeinsam geführten Krieg gegen den Kommunismus in Indochina. Den Hmong wird auch heute noch weitgehend misstraut. Das politische System sieht in ihnen „imperialistisch“ geprägte Feinde und sie gelten als Spione mit religionsbedingten Kontakten zu westlichen Kräften, die aus der Sicht der Staatsführung schließlich die Einheit und bestehende staatliche Ordnung gefährden könnten. Diese sicherlich fragwürdige Einschätzung übertrug sich in Laos mehr und mehr auf die Christen insgesamt. Genährt wird sie überdies, als dass es auch heute noch in abgelegenen Rückzugsgebieten vor allem im gebirgigen Norden des Landes unter Waffen stehende Rebellen-

gruppen der Hmong gibt, die sich dem Kampf gegen das herrschende politische System verschrieben haben. Am negativen gesellschaftlichen Image der Hmong und damit vieler Christen ändert dabei auch die Tatsache nichts, dass die Rebellen zuweilen auch Dörfer gemäßiger Hmong-Gemeinden angreifen, um sie auf diese Weise auf ihre Seite zu zwingen.

Religionsfreiheit und -ausübung

Die laotische Verfassung von 1991 konstatiert u.a. neben Presse- und Versammlungsfreiheit auch Religionsfreiheit. Außerdem ist Laos seit 2009 Vertragsstaat des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Darin garantiert die Regierung den Menschen in Laos Schutz vor Folter, freie Beweglichkeit und die freie Wahl des Aufenthaltsortes im Staat sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Sicherheit für Gefangene aber eben auch die angesprochene Religionsfreiheit. In der Realität existieren die verfassungs- und internationalen vertragsrechtlich dokumentierten Freiheiten allerdings nicht. Ein Erlass des Premierministers von 2002 (Decree 92) schreibt vor, dass alle religiösen Aktivitäten der vorherigen Zustimmung bzw. Genehmigung der zuständigen Regierungsbehörden bedürfen.

Von staatlicher Seite werden landesweit offiziell nur zwei, allerdings nur buddhistische religiöse Feiertage gewährt. Festtage anderer Religionen werden aber toleriert. Die Überwachungshoheit liegt dabei bei der Lao Front for National Construction (LFNC), einer Unterorganisation der Staatspartei, der Laotischen Revolutionären Volkspartei. Die Religionsgruppen sind mit Ausnahme der Buddhisten und Katholiken angehalten, periodisch der LFNC über ihre Mitgliedschaften Bericht zu erstatten; nur die buddhistische Religionsgemeinschaft erhielt die Genehmigung, Publikationen uneingeschränkt herzustellen und verbreiten zu dürfen. Sie genießt dadurch auch in der Öffentlichkeit einen breiten religiösen Handlungsrahmen. Weitge-

hend unbehelligt kann die kleine muslimische Gemeinde ihre Religion ausüben. Für die Regierung beobachtungswert im Speziellen und für das Ansehen der Christen im Allgemeinen scheint die Existenz einer Reihe von protestantischen Gemeinden zu sein, die bisher entgegen der Forderung der LFNC von 2004 nicht in den Verband der Lao Evangelical Church (LEC) eingetreten sind. Diese evangelikalen Gruppen amerikanischer Prägung, die nicht selten über entsprechende überseeische Kontakte verfügen, will die LFNC unter dem Dach der LEC oder zumindest der Siebenten-Tags-Adventisten eingegliedert sehen. Offiziell gibt die LFNC als Grund für ihre Forderung den Ausschluss „religiöser Disharmonien“ zum Wohle des staatlichen Zusammenhalts an. In Wahrheit aber verspricht sich die LFNC eine effizientere Kontrolle dieser Gruppen, so sie denn in einer Vereinigung konzentriert sind.

Berichte über anti-christliche Vorkommnisse

Mit großem Argwohn beobachtet die laotische Regierung insbesondere die mehrere hunderttausend Menschen zählende Gemeinde der laotischen Landsleute, die nach dem Indochina-Krieg geflohen sind und mit großer Mehrheit in den USA ihre Bleibe fanden. Sie registriert sehr genau die vor allem von dort unaufhörlich vorgebrachten Forderungen nach mehr demokratischen Reformen für ihr Stammland, die folglich als Gefahr für den Bestand der Volksrepublik Laos verstanden werden. Bezogen auf die Lage der Christen in Laos wird sozusagen federführend in besonderem Maße und mit hoher Intensität vor allem durch die in Dickson im Bundesstaat Tennessee ansässige Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch for Lao Religious Freedom über gegen die christliche Gemeinde gerichtete Vorkommnisse berichtet. Die Authentizität dieser Berichterstattung ist jedoch schwierig zu beurteilen.

Die Bandbreite der Berichterstattung ist umfangreich, die Beschreibung anti-christlicher Agitation reicht von Ermordung, Konfiszierung von Kirchen, Pastorenverhaftun-

gen, die Vertreibung christlicher Dorfmitglieder, die Beschlagnahme von Nutztieren christlicher Bauern, Verbote privater Gebetskreise bis hin zu Berichten über den Christen auferlegten Zwang zur Abschwörung vom Glauben.² Es wäre ein Leichtes, diese Aufzählung noch um weitere Varianten zu ergänzen. Ob es sich in allen Fällen um mit der staatlichen Obrigkeit in Zusammenhang stehende Aktionen handelt, lässt sich nicht zweifelsfrei ausdifferenzieren. Fraglos herrscht eine gewisse Skepsis bei Behörden und anderen staatlichen Einrichtungen gegenüber Christen, die aus der jüngeren Geschichte im Zusammenhang mit den mit den USA kollaborierenden Hmong im Indochina-Krieg und dem Verhalten mancher protestantischer Gruppen entstanden sein mag. Sicherlich hat auch der ein oder andere „Provinzfürst“ womöglich der LFNC seine Machtposition fernab der Zentralregierung missbräuchlich und eventuell zur eigenen materiellen Vorteilsnahme angewandt, indem er Übergriffe, Einschüchterung und Vertreibung gegen Christen zugelassen oder sogar angeordnet hat. Da der Staat in der Regel solche Vorgänge jedoch nicht weiter verfolgt, verlegen sich alle Geschehnisse in eine Grauzone und sind nur schwer verifizierbar. Für die unterprivilegierten Christen vor allem der Hmong und Khmu fehlt es dann zudem an Rechtsgrundlagen, auf deren Basis sie sich wehren könnten. Denn auch die Judikative steht in erster Linie für Staat und Partei ein. Insbesondere bei den Hmong und Khmu führt die Diskriminierung zu geringen Bildungschancen und wirtschaftlicher Marginalisierung.

Den negativen Berichten gegenüber stehen aber auch solche, die auf positivere Aussichten für die Christen hoffen lassen. In der jüngeren Vergangenheit wurden verstärkt staatlich initiierte Schulungen sowohl für christliche Gemeinden als auch für Lokalbeamte durchgeführt, um vor dem Hintergrund der bestehenden Rechts- und Gesetzeslagen für ein besseres gegenseitiges Verständnis zu sorgen. Damit folgte die Regierung Laos' einer Empfehlung der UN-Sonderberichtserstellerin Asma Jahangir, die im

Jahre 2009 eine Inspektionsreise durchgeführt hatte.³ Des Weiteren unterstützt die laotische Regierung die Religionsgemeinschaften mitunter auch finanziell. So konnte mit Hilfe von staatlichen Geldern eine Kirche in der Hauptstadt Vientiane renoviert werden. Positiv anzumerken ist gleichwohl, dass es jüngst auch wieder etliche Priesterweihungen in Laos gegeben hat, die zuvor oft verboten oder zumindest starken Behinderungen ausgesetzt waren.

Interessant fällt die Beurteilung der Botschaft⁴ der Bundesrepublik Deutschland in der Hauptstadt Vientiane aus, die eine Diskussion um die Lage der Christen in Laos für „nicht relevant“ einstuft. Sie rückt vor allem jene „evangelikalen Sekten“ in den Mittelpunkt ihrer Kritik, die demonstrativ isoliert wirken und zu einem generell positiven Bild des Christentums in Laos nichts beitragen. In Bezug auf angeblich aus religiösen Beweggründen erfolgten Vorkommnissen gegen Christen macht die Botschaft darauf aufmerksam, dass es sich dabei sehr oft „um banalste Nachbarschafts- und/oder Grundstücksstreitigkeiten handele, wobei gerade die Protestanten dazu neigen, diese in einen religiösen Konflikt zu kleiden“. Angeblich Geschädigte würden sich danach in der Regel an die Kollegen der amerikanischen Botschaft wenden, die daraus wiederum gerne „größere Dinge entwickeln würden“. Die Deutsche Botschaft stellt für ihre eigenen Ortskräfte christlichen Glaubens fest, dass diese ohne jede Behinderung oder Einschränkung ihre Religion leben können.

Schlussfolgerung

Für die Regierung und die Einheitspartei der Laotischen Demokratischen Volksrepublik bleibt das Thema Religion auch weiterhin ein Politikum. Von einem systematisch angelegten „Feldzug“ des Staates insbesondere gegen die Christen in Laos kann nach Meinung des Autors aus dem Studium von Berichten und eigener Kenntnis des Landes und der Lebensumstände nicht die Rede sein.

Sicherlich sollte man nicht in Abrede stellen, dass in zentrumsfernen Provinzen oder Dörfern wenig spezifisch und juristisch ausgebildete Beamte und auch Buddhisten die unterprivilegierte gesellschaftliche Stellung der Christen zur eigenen Vorteilsnahme in welcher Form auch immer ausnutzen. Die Regierung scheint dieses Problem aber erkannt zu haben und durch die Implementierung vermittelnder (Dialog-) Maßnahmen zur Gegensteuerung bereit. Dabei sollten aber auch die christlichen Gemeinden und hier - wie es scheint - insbesondere die protestantischen Gruppen ihre Beiträge leisten, sich adäquat im gebotenen gesetzlichen Rahmen und Umfeld zu verhalten.

Geschieht dies so, dann wird der zunehmende soziale Frieden in einem sich überdies politisch und wirtschaftlich immer weiter öffnenden Land wie Laos zum Wohle der gesamten Gesellschaft inklusive aller ihrer Religionsausrichtungen beitragen.

|| KARL-PETER SCHÖNFISCH

Auslandsmitarbeiter Thailand

ANMERKUNGEN

- ¹ Die Volksgruppe der ethnischen Lao umfasst 55 Prozent der Bevölkerung, die Ethnien der Khmu und Hmong elf bzw. acht Prozent. Die restlichen 26 Prozent verteilen sich auf mehr als 100 weitere kleinere, ethnisch unterschiedliche Volks- bzw. Stammesgruppen.
- ² Neben Human Rights Watch for Lao Religious Freedom (<http://www.hrwlrf.net/>) berichten u.a. zahlreiche kirchliche Portale wie z.B. Open Doors, Im Dienste der verfolgten Christen weltweit (www.opendoors.de.org), Zenit - The World Seen from Rome (www.zenit.org) oder Livenet, das Webportal von Schweizer Christen (www.livenet.ch) über aktuelle Ereignisse in Laos.
- ³ Vgl. United Nations, Human Rights Council (2010): Report of the Special Rapporteur on freedom of religion or belief, Asma Jahangir - Addendum - Mission to the Lao People's Democratic Republic.
- ⁴ Telefonat des Autors von Ende Juni 2012 mit Repräsentanten der Deutschen Botschaft Vientiane.